

Kohle-Protest in der IHK

Mi 11.09.2013
S. 7 unten

Wind- und Solarunternehmer kämpfen wegen Kammer-Papier gegen Zwangsmitgliedschaft

Bielefeld (WB/OH). Wind- und Solarunternehmer in der Region werfen der Industrie- und Handelskammer (IHK) Ostwestfalen mangelnde Neutralität in Energiefragen vor. Gestern gipfelte der Konflikt in einer Protestaktion.

Ihren Ärger über das IHK-Papier »Energiepolitische Positionen 2012« in NRW haben Energieunternehmer gestern symbolträchtig in Form von Eierkohle im Foyer der IHK-Verwaltung in Bielefeld abgeladen. »Wenn die IHK von uns Kohle will, kann sie welche haben. Die IHK soll sehen, wie schmutzig Kohle wirklich ist«, sagt Johannes Lackmann. Der Geschäftsführer

der Westfalen-Wind GmbH in Lichtenau (Kreis Paderborn) und frühere Präsident des Bundesverbands Erneuerbare Energien wählt scharfe Worte in dem seit Monaten schwelenden Streit: »Die IHK schreckt nicht vor einer Kontopfändung zurück, um ihre Zwangsbeiträge einzuziehen. Das ist wie Schutzgelderpressung.«

In dem Positionspapier bezögen die zur Neutralität verpflichteten IHKs in NRW Position zugunsten der fossilen Energiewirtschaft, klagt Lackmann. »Mehrere Firmen haben deshalb die Beitragszahlungen an die IHK Ostwestfalen eingestellt, um gegen die kohlefreundliche Positionierung zu protestieren.« Die Westfalen-Wind GmbH habe zudem Unterlassungsklage gegen das Papier eingereicht, »um

der weiteren unzulässigen Schädigung der Erneuerbaren Energien Einhalt zu gebieten«.

Auf die Spitze getrieben werde der Konflikt durch Äußerungen führender Mitglieder des Deutschen Industrie- und Handelskammertages. So habe Präsident Eric Schweitzer den Ausstieg aus der Wind- und die sofortige Einstellung der Solarförderung gefordert. »Es kann nicht sein, dass wir gezwungen werden, Mitgliedsbeiträge an die IHK zu entrichten, während die Kammern aktiv gegen uns Politik machen«, sagt Lackmann. Deshalb fordere die Branche die Abschaffung des Kammerzwangs.

Eine weitere Provokation sei der Beschluss der IHK-Vollversammlung am Montag gewesen, den

Einfluss der Energiewirtschaft auf zwei von 72 Stimmen zu deckeln.

IHK-Geschäftsführer Dr. Christoph von der Heiden wies die Kritik zurück. Im Gegenteil werde damit in der Vollversammlung die Präsenz der Energiewirtschaft gesichert, die bislang nur behelfsweise erreicht werde. Das umstrittene Papier sei offen diskutiert und beschlossen worden, ebenso wie Änderungsvorschläge daran. »Es ist kein einseitiges, sondern ein vielseitiges, den Interessen der gesamten Wirtschaft Rechnung tragendes Papier, das mit der Entwicklung auch fortgeschrieben wird«, sagte von der Heiden. Und bei der Erhebung der Beiträge könne die IHK alleine schon wegen des Gleichbehandlungsgrundsatzes keine Ausnahmen machen.



Zehn Vertreter von Wind- und Solarbetrieben in Ostwestfalen
schütteten Kohlebriketts ins IHK-Foyer. Foto: Hans-Werner Büscher